

Selbstmord oder Selbstbefreiung?

Ökonomen debattieren Vor- und Nachteile eines Austritts

Es ist ein unwahrscheinliches Szenario, aber doch nicht ganz auszuschließen: Griechenland könnte nicht nur einen Schuldenschnitt anstreben, sondern zusätzlich aus der Währungsunion ausscheiden. Mit einer eigenen Währung wäre der Weg frei für eine schnelle Abwertung – nach Schätzung von Bankvolkswirten wären in solch einem Szenario rund 50 Prozent Wechselkursabwertung realistisch. Griechische Produkte und Dienstleistungen würden günstiger und wettbewerbsfähiger, argumentieren einige Ökonomen. Der Austritt könnte ein Befreiungsschlag sein.

Der Austritt sei Selbstmord, warnen andere Volkswirte, Analysten und Politiker. Es seien schwere Verwerfungen zu erwarten. Ein Austritt Athens aus der Währungsunion sei „keine Option“, hat der scheidende EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark jüngst noch einmal betont. Sein Vorgänger Otmar Issing hält dagegen bei einer Umschuldung ein Ausscheiden aus der Währungsunion für zwingend geboten. Sonst sende dies ein fatales Signal an die anderen hochverschuldeten Krisenländer. Deren Spar- und Reformbemühungen würden sofort erschlaffen, wenn Athen umschulden und dabei in der Währungsunion bleiben dürfe, warnt der EZB-Veteran.

Einige Banken haben das Szenario „Euro-Exit“ durchgespielt und sind dabei zu einem negativen Ergebnis gekommen. „Weder Griechenland noch seine europäischen Partner wären besser dran, wenn Griechenland den Euro verlässt“, schreiben etwa die Analysten der Bank Nomura. Es gibt drei Effekte: Erstens würde es einen Banken-Run geben, wenn Athen eine neue Währung ausgäbe, die stark abwerten würde. Millionen Griechen würden versuchen, ihre Konten leerräumen und ihr Euro-Geld in Sicherheit zu bringen. Vom Kollaps der griechischen Banken wären auch die Banken im restlichen Europa betroffen, es drohe eine europaweite Ansteckung.

Ein Euro-Austritt Griechenlands würde zweitens nicht nur die Banken, sondern auch die Realwirtschaft in Mitleidenschaft ziehen. Ausländische Geschäftspartner würden griechischen Unternehmen die Kreditlinien streichen. Der Zugang zum internationalen Kapitalmarkt würde für das Land abrupt verschlossen, deshalb müsste es sein Leistungsbilanz- und Primärdefizit schlagartig auf null reduzieren. Neuverschuldung wäre gar nicht mehr möglich. Es könnte sich manche Importe nicht mehr leisten. Dadurch drohe eine Knappheit von wichtigen Gütern wie Treibstoffen und Nahrungsmitteln, warnt Nomura. Die Importe würden stark verteuert, dies würde die Inflation anheizen.

Als dritte gravierende Folge sehen die vor einem Austritt warnenden Fachleute die Gefahr von sozialen Unruhen und politischen Spannungen. Gewaltausbrü-

che würden Touristen abschrecken. Die Schweizer Bank UBS sieht zudem die Möglichkeit, dass die verbliebene Euro-Gruppe oder die EU insgesamt auf den Austritt mit Vergeltungsmaßnahmen, etwa Importzöllen, reagiere. Und auch die verbliebene Euro-Gruppe würde destabilisiert, „weil ein Tabu gebrochen würde, dass Länder nicht aus der Eurozone austreten“, sagt Citigroup-Chefvolkswirt Willem Buiter. „Das würde den Druck auf die verbliebenen schwachen Länder verstärken.“

Es gibt allerdings Ökonomen, die einen Euro-Austritt Athens trotzdem unter dem Strich für vorteilhaft und unausweichlich halten. Natürlich gebe es dann einen Bank-Run, sagt Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn, die Bankbilanzen würden „verbrennen“. Aber der gegenwärtige Weg, Griechenland in eine extreme reale Abwertung durch Lohn- und Preissenkungen zu schicken, provoziere ebenfalls einen Kollaps. Auch auf diesem Wege sei ein Bankenzusammenbruch zu befürchten. „Den gegenwärtigen Kurs wird die Bevölkerung nicht mehr lange mitgehen, die hat die Knebelung durch EU-Auflagen satt“, meint Dirk Meyer, Professor an der Bundeswehr-Universität in Hamburg, der mehrere Austrittsszenarien entworfen hat. „Der Austritt und die Einführung einer Neuen Drachme würden für Griechenland einen politischen und ökonomischen Souveränitätsgewinn bedeuten.“

Das Kernproblem Griechenlands ist nicht allein seine hohe Verschuldung, sondern vielmehr die fehlende Wettbewerbsfähigkeit. Um die überhöhten Kosten zu korrigieren, wären extreme Lohn- und Preissenkungen notwendig. „Eine reale 50-Prozent-Abwertung ist aber intern nicht möglich“, schätzt Lüder Gerken, Direktor des Centrums für Europäische Politik, „daher ist eine externe Abwertung zwingend notwendig.“ Auch andere Krisenländer – von Mexiko im Jahr 1994, über Indonesien, Thailand und Korea 1997, Russland 1998, Brasilien 1999 bis Argentinien 2002 – hätten abgewertet. Dies sei zunächst schmerzhaft gewesen, doch habe es dann die Gesundung ermöglicht.

„Aus Sicht Athens wäre es dumm auszutreten“, sagt dagegen Stefan Homburg, Finanzwissenschaftler an der Universität Hannover, „denn wenn das Land aus der Währungsunion ausscheidet, dann kann es mit keinen weiteren Bailouts mehr rechnen.“ Mit den permanenten Bailouts degeneriere die Währungsunion aber zu einer Rettungs- und Haftungsgemeinschaft auf Kosten Deutschlands. Das schaffe falsche Anreize sowohl für Banken wie auch für Staaten, warnt Homburg. „Es stellt sich also eher für Deutschland die Frage, ob es austritt.“ Kurzfristig bringe das schwere Verwerfungen, „aber längerfristig komme es für die Steuerzahler günstiger“, meint er.

PHILIP PLICKERT